

# AKTUELLES



Form nicht nach Norm – also ab in den Müll?

Gettyimages

## DIE ZAHL: 11 MILLIONEN

**In Deutschland fallen jedes Jahr rund elf Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle an. Dies geht aus einem Bericht der Bundesregierung an die EU-Kommission hervor. Fast 60 Prozent davon entstehen in den Privathaushalten.**

Zu diesen Abfällen zählt vieles, was noch essbar wäre. So wandert jedes achte Lebensmittel in den Müll, weil die angegebene Mindesthaltbarkeit überschritten ist. Berücksichtigt sind allerdings auch nicht-

vermeidbare Bioabfälle wie Kaffeesatz oder Salatstrünke, die allenfalls kompostiert werden können.

Weltweit geht pro Jahr etwa ein Drittel der Lebensmittel auf dem Weg vom Feld bis zum Teller verloren. Ein Teil verdirbt, weil es an der notwendigen Kühlung und Lagerung fehlt. Ein anderer Teil wird aussortiert, weil Größe, Form oder Farbe den Vorgaben des Handels nicht entsprechen. Diese Verschwendung belastet Natur und

Klima enorm. Und sie ist auch deshalb inakzeptabel, weil gleichzeitig mehr als 800 Millionen Menschen unter Hunger leiden. Der BUND-Vorsitzende Olaf Bandt forderte die Ampelkoalition auf, der Verschwendung von Lebensmitteln mit einem Gesetz zu begegnen.



[www.bund.net/  
die-grosse-verschwendung](http://www.bund.net/die-grosse-verschwendung)

## GEFORSCHT – GEEHRT



Jana Böhme



Julia Chladek



Josefine Gottschalk

**Der diesjährige BUND-Forschungspreis geht an drei junge Wissenschaftlerinnen. Mit ihrer Doktor-, Master- und Bachelorarbeit hätten sie einen wichtigen Beitrag zu nachhaltigen Zukunftsstrategien geleistet, so die Jury des wissenschaftlichen Beirates im BUND.**

Den mit 2500 Euro dotierten Preis für Dissertationen bekam Julia Chladek für ihre Arbeit »Rechtsschutzverkürzung als Mittel der Verfahrensbeschleunigung«. Diese Verkürzung (speziell zulasten der Umweltverbände) sei mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands und den Anforderungen des Europäischen Umweltrechts unvereinbar, so ihr Fazit.

1000 Euro erhielt Josefine Gottschalk für ihre Masterarbeit »Scratching Below Surface. Is the maritime spatial planning of the European Union ready for adequate marine conservation?«. Sie zeigt, dass der ganzheitliche Meeresschutz bei der

Die Preisträgerinnen unseres Forschungspreises.

Raumplanung der EU zu kurz kommt. 500 Euro gingen zudem an Jana Böhme für ihre Bachelorarbeit »The effects of common gardening practices on biodiversity«. Sie untersuchte die Bedeutung der Gärten für den Schutz der natürlichen Vielfalt in Ballungsräumen.

Joachim Spangenberg, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates, freute sich: »Unser Forschungspreis zeigt das kreative Potenzial der Wissenschaft. Mit ihren Arbeiten sind die Gewinnerinnen am Puls der Zeit und bieten intelligente Lösungsansätze für eine Politik, die unsere Zukunft sichert.«



[www.bund.net/forschungspreis](http://www.bund.net/forschungspreis)



## WAHLEN ZUM BUNDESVORSTAND

Vom 18. bis 20. November tagt die Bundesdelegiertenversammlung des BUND e.V. In diesem Jahr wird turnusgemäß ein neuer Bundesvorstand gewählt. Zur Wahl stellen kann sich jedes Mitglied des BUND.

Für die Kandidatur zum/zur Bundesvorsitzenden und zum/zur stellvertretende/n Vorsitzende/n sind die in der BUND-Satzung (§ 7 Abs. 3) beschriebenen Voraussetzungen zu erfüllen. Informationen dazu gibt es unter [www.bund.net/bdv](http://www.bund.net/bdv).

Alle Bewerber\*innen werden gebeten, einen Bewerbungsbogen auszufüllen. Dieser ist über die Bundesgeschäftsstelle erhältlich. Hierfür und für weitere Fragen richten Sie sich bitte an [gremien@bund.net](mailto:gremien@bund.net).

## AUEN-NATIONALPARK BEDROHT



Niedrigwasser an der Oder.

**Weite Teile Europas leiden seit Monaten unter einer historischen Dürre. Heftige Waldbrände und Hitzewellen geben einen Vorgeschmack darauf, wie verheerend sich die Klimakrise noch auswirken wird. Und das nicht zuletzt auf viele Gewässer und Auen. So verkam der größte Fluss Italiens, der Po, zu einem Rinnsal. Zahllose Flüsse und Seen führten, auch weiter nördlich in Mitteleuropa, weniger Wasser als je zuvor.**

Am Rhein werden im August neue Rekordtiefstände erwartet. Und Deutschlands einziger Auen-Nationalpark war schon

Mitte Juli so trocken wie nie. Von einem »extremen Wasserdefizit« im Unteren Odertal sprach der Leiter des Parks, Dirk Treichel. Durch Ausbaupläne auf der polnischen Seite droht dem Nationalpark nun weiterer Schaden.

### EU-RECHT VERLETZT

2021 begann die Republik Polen die Oder einzuengen und zu vertiefen, um sie ganzjährig befahrbar zu machen. Der Ausbau wird die Aue des Grenzflusses auch auf deutscher Seite austrocknen. Der BUND sieht darin einen Verstoß gegen europä-

isches Umweltrecht und klagte gegen den Ausbau, gemeinsam mit dem NABU und Deutschen Naturschutzring.

Ein Verwaltungsgericht in Warschau verpflichtete die zuständige Umweltbehörde nun, die grenzüberschreitenden Folgen des Ausbaus für geschützte Arten und Lebensräume stärker zu beachten. Dazu der BUND-Wasserexperte Sascha Maier: »Der Ausbau zur internationalen Wasserstraße wird Auwälder und Uferbiotope stark in Mitleidenschaft ziehen. Dies hat Polen bisher schlicht ignoriert. Das Urteil ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.«



Viel Schotter: Mit Buhnen verengt Polen den Flusslauf der Oder.



### Mehr zum Thema

Aktionsbündnis lebendige Oder:

[www.saveoder.org](http://www.saveoder.org)

[www.bund.net/duerrefolgen-bekaempfen](http://www.bund.net/duerrefolgen-bekaempfen)

## TRANSPARENT

**Zu Anfang Januar trat das Lobbyregister-Gesetz in Kraft. Es soll über ein öffentlich einsehbares Register für mehr Klarheit sorgen, in welchem Umfang Interessensvertreter\*innen politisch Einfluss nehmen. Wie viele andere Organisationen betrifft dies auch den BUND.**

Im Lobbyregister ist detailliert anzugeben, was wir für die Vertretung unserer Anliegen aufwenden und wer für uns tätig ist. Wer mehr als 20 000 Euro Spenden pro Jahr erhält, muss auch hierzu Daten an das Register übermitteln: den Namen der Spenderin/des Spenders sowie den Betrag.



Für Spenden aus den Jahren 2020 und 2021 durfte der BUND noch anonymisierte Daten veröffentlichen.

Der BUND begrüßt das Streben nach mehr Transparenz. Wir folgen deshalb schon seit einiger Zeit den Richtlinien der »Initiative Transparente Zivilgesellschaft«. Unter anderem lässt sich der BUND regelmäßig von unabhängiger Seite prüfen und gibt Einblick in seine Finanzen und Strukturen, aktuell in Form des Jahresberichts. Mehr zur Transparenz beim BUND finden Sie online.



[www.bund.net/transparenz](http://www.bund.net/transparenz)

# KURZ & GUT

»Only bad news is good news« heißt es, vor allem schlechte Nachrichten erregen also unsere Aufmerksamkeit. Doch positive Neuigkeiten aus dem Natur- und Umweltschutz tun einfach gut. Einige aus jüngster Zeit haben wir wie immer für Sie ausgewählt.



**Teilerfolg gegen den Weiterbau der A20:** Der BUND hat gegen den ersten von zwölf Abschnitten der Küstenautobahn in Niedersachsen geklagt, Westerstede–Jaderberg. Nun erklärte das Bundesverwaltungsgericht ihn für vorläufig »rechtswidrig und nicht vollziehbar«, wegen einer falschen Berechnung von Stickstoff-Emissionen. Die Verlängerung der A20 gilt als klimaa- und naturschädlichster Neubau im Bundesverkehrswegeplan. Weit über die Hälfte der geplanten Strecke führt durch Moore und Marschland. Leider klammerte das Gerichtsurteil für uns zentrale Fragen aus: die nach dem Bedarf der Verlängerung und der Vereinbarkeit mit den deutschen Zielen zum Klimaschutz.



**Seltene Biene entdeckt:** In Radebeul bei Dresden gelang dem BUND Sachsen bei einer systematischen Erfassung ein spektakulärer Fund. Aktive stießen in einem Weinberg auf zwei Rote Zweizahnbiene. Dazu unsere Expertin Mandy Fritzsche: »Diese Biene ist eine Kuckucksbiene und schmuggelt ihre Eier in die Nester anderer Wildbienen.« Nur einmal wurde sie in Deutschland bisher festgestellt. Offenbar breitet sich die südliche Art mit steigenden Temperaturen entlang der Elbe und Oder-Neiße in Richtung Norden aus.



**Boom bei der Solarenergie:** Immer mehr Unternehmen und private Haushalte nutzen in Deutschland die Kraft der Sonne, um Strom zu erzeugen. Im März waren auf Dächern und Grundstücken 2,2 Millionen Photovoltaikanlagen mit einer Nennleistung von insgesamt 58 400 Megawatt installiert, so das Statistische Bundesamt. Damit stieg die Zahl der Anlagen und ihre Leistung binnen einem Jahr um etwa zehn Prozent. Dank der Photovoltaik konnten im ersten Quartal dieses Jahres rund 8,8 Milliarden Kilowattstunden Strom ins Netz gespeist werden – ein sattes Drittel mehr als im Vorjahreszeitraum.

# +11

## BIOSPHEREGEBIETE

**Neue Biosphärenreservate:** Mitte Juni zeichnete die UNESCO elf neue Modellregionen für Nachhaltigkeit aus. Darunter erstmals zwei Gebiete in Georgien, die geprägt sind von den Sommer- und Winterweiden der Wandertierhaltung im Südkaukasus. Für die Ausweisung des riesigen Feuchtgebietes »Kafue Flats« in Sambia hatte sich auch die deutsche Kommission stark gemacht. Es beherbergt auf 26 000 Quadratkilometern unter anderem mehr als 400 Vogelarten. Die übrigen Gebiete liegen in Australien, Kamerun, Kasachstan, Mongolei, Saudi-Arabien, Simbabwe und Tschad. Mit ihnen umfasst das globale Netzwerk nun 738 Biosphärenreservate in 134 Ländern, 16 davon in Deutschland.



**Badeartikel frei von Giften:** Unsere Arbeit zeigt Wirkung. Kürzlich ließ der BUND Badeartikel auf darin enthaltene Schadstoffe überprüfen. Anders als bei Tests vor sieben Jahren fanden wir in den Planschbecken, aufblasbaren Schwimmtieren und Schwimmreifen nichts, was dort nicht hingehört. Dem ist nicht immer so. Regelmäßig deckt der BUND mit Labortests Chemikalien auf, die der Umwelt und Gesundheit schaden können. Zusätzlich checken immer mehr Menschen mit unserer ToxFox-App Alltagsprodukte auf Schadstoffe. Wir wollen Dinge ohne Gift. Immerhin: Viele Unternehmen scheinen das inzwischen ernster zu nehmen.

> [www.bund.net/toxfox](http://www.bund.net/toxfox)

# GERETTETE LANDSCHAFT

Die Mündung der Tiroler Achen in den Chiemsee ist das einzige Binnendelta dieser Größe und Ausprägung in Mitteleuropa. Obwohl seit 1954 unter Naturschutz, wollte die bayerische Staatsregierung in den 1970er Jahren eine Autobahn durch das Gebiet bauen. Der BUND Bayern kaufte drei Sperrgrundstücke und konnte die Zerstörung des Deltas letztlich verhindern. Wertvolle Lebensräume blieben dadurch erhalten, darunter auch Moorwiesen mit dem größten Vorkommen der Sibirischen Schwertlilie in Mitteleuropa.

KOMMENTAR

# SPAREN UND ABSCHALTEN

Deutschland muss dem befürchteten Gasnotstand begegnen und dabei konsequent auf den Schutz des Klimas achten.

**M**it Blick auf den kommenden Winter wächst die Sorge, durch einen russischen Lieferstopp in Not bei der Gasversorgung zu geraten. Erdgas wird bei uns vor allem zum Heizen (ca. 30 Prozent) und in der Industrie (ca. 33 Prozent) genutzt. Es drohen also kalte Wohnungen und geschlossene Fabriken. Schon werden stillgelegte Kohlekraftwerke zur Stromproduktion reaktiviert, schädliches Frackinggas soll über neue Terminals eingeführt werden. Und selbst Teile der Regierung erwägen, die Laufzeit der drei übrigen Atomkraftwerke zu verlängern.

Wir sagen: Eine mögliche Gasnotlage müssen wir zusammen mit der Klimakrise anpacken. Was vor allem bedeutet: Energie zu sparen. In den vergangenen Monaten haben wir schon einiges erreicht. So sank der deutsche Erdgasverbrauch von Januar bis Mai im Vergleich zum Vorjahr um gut 14 Prozent. Diesen Weg müssen wir nun konsequent und verpflichtend weitergehen.

Je höher die Gaspreise steigen, desto mehr lohnt es sich für die Industrie, Gas zu sparen. Hier muss sie nun schnell tun, was möglich ist. Auch weil Erdgas in der EU keine Zukunft haben wird. Akzeptabel ist es, einzelne Kohlekraftwerke aus der Reserve zu holen, um – wo immer möglich – weniger Gas zur Erzeugung von Strom verbrennen zu müssen. Was damit zusätzlich an Treibhausgasen entweicht, kann und muss bis 2030 durch einen schnelleren Kohleausstieg wieder eingespart werden.

Als Ersatz für das russische Erdgas müssen wir zudem befristet Gas aus anderen Ländern einführen. Dabei darf Deutschland nicht in neue Abhängigkeit von despotischen Staaten geraten. Höchstens zwei oder drei Terminals für Flüssiggas mit eng begrenzter Laufzeit dürfen entstehen, statt feste Anlagen an bis zu zwölf Standorten. Danach müssen sie zu Terminals für grünen Wasserstoff umgebaut werden. Hier liegt die Zukunft unserer



Andi Weiland

Das Trio der BUND-Vorsitzenden mit Olaf Bandt und seinen Stellvertreterinnen Johanna Baehr (rechts) und Verena Graichen (links).

Energiesicherheit und des Klimaschutzes, und nicht im Senegal, wo Deutschland plant neue Erdgasfelder zu erschließen.

Was uns nicht weiterhilft, ist den Atomausstieg aufzuschieben. Die drei zum Jahresende auslaufenden Meiler wurden zuletzt 2009 umfassend auf ihre Sicherheit überprüft. Wir wissen zu wenig, wie es in ihrem Inneren aussieht. Sicher ist: Nach weit mehr als 30 Jahren ist der Betrieb der verbliebenen AKW immer riskanter und ihr Sicherheitsrisiko immer schwerer zu kalkulieren.

Wie nötig solche Checks und Reparaturen sind, zeigt sich bei unserem Nachbarn. Frankreichs Meiler laufen wegen umfangreicher Revisionen gerade nur mit halber Kraft, zudem spenden die überhitzten Flüsse kaum mehr Kühlwasser. Für den nächsten Winter sind die deutschen AKW auch deshalb keine Hilfe, weil die Lieferung neuer Brennstäbe und die nötigen Sicherheitstests dieser Hochrisikotechnologie so schnell nicht zu machen sind. Und schließlich ist der Atomstrom bei einem Gasnotstand nur wenig nützlich. Denn die rund 90 deutschen Erdgaskraftwerke erzeugen überwiegend Fernwärme für Gebäude und Industrie. Angesichts des Störfallrisikos darf es keine längeren Laufzeiten für die Atomkraftwerke geben. Es gibt genügend Alternativen, um die drohende Gas- und Stromlücke zu überbrücken.

Was muß jetzt passieren? Kurz gesagt: Der Verbrauch von Strom und Gas in Haushalten, Gebäuden, Verkehr und Industrie muss massiv sinken. Nötig sind hierfür auch verpflichtende Vorgaben aus dem Wirtschafts- und Klimaministerium. Mit den steigenden Energiepreisen geraten immer mehr Menschen unter großen Druck. Staatliche Unterstützung muss auf die wirklich betroffenen Menschen zielen. Wir können es uns nicht länger leisten, Steuergelder über pauschale Kraftstoffrabatte und weitere umweltschädliche Subventionen zu verteilen.